

Zentrale Fluglärm-Proteste am kommenden Samstag in Deutschland Verkehrsminister Ramsauer im Zentrum der Kritik

An mehreren deutschen Flughäfen werden es am kommenden Samstag zum zweiten Mal zeitgleich Demonstrationen gegen Fluglärm und für Nachtflugverbote stattfinden. Wie der Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Helmut Breidenbach in Köln mitteilte, werden die größten Aktionen in Berlin, Frankfurt und München stattfinden. Bereits am vergangenen Samstag hat es eine Groß-Demo am Köln/Bonner Flughafen für ein erweitertes Nachtflugverbot gegeben.

In Berlin wird um 14 Uhr ein Protestzug vom Potsdamer Platz durch die Innenstadt zur SPD-Parteizentrale in der Stresemannstraße ziehen, wo die Abschlusskundgebung stattfindet. In der Kritik hier besonders die Fehlplanung des Flughafens BER, die Bestimmung der Flugrouten und ein unzureichendes Nachtflugverbot.

In München versammelt man sich zeitgleich vor CSU-Zentrale in der Münchner Innenstadt unter dem Motto: "Jetzt is amal a Ruh – CSU!". Dies beinhaltet die Forderung nach einem Nachtflugverbot von 22-6 Uhr und die Respektierung des Bürgerentscheids von München gegen die 3. Startbahn.

In Frankfurt werden in den Städten und Kommunen rund um den Flughafen 30-40 Brücken mit Protest-Bannern behangen. Der Protest richtet sich gegen die neu erbaute vierte Bahn - auch hier wird ein weitergehendes Nachtflugverbot gefordert.

Voraussichtlich werden nahezu zeitgleich auch Demonstrationen in London, Brüssel und Paris stattfinden.

In Deutschland steht zunehmend Verkehrsminister Ramsauer in der Kritik. Dieser hat erst vor zwei Wochen ein Handbuch zur besseren Bürgerbeteiligung bei großen Verkehrsprojekten vorgestellt, in dem mehr Transparenz und Rücksicht gefordert wird, betreibt aber selbst eher eine Flughafenpolitik nach Gutsherrenart und lässt sich von der Luftverkehrslobby vorführen, so der Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm Helmut Breidenbach. Ramsauer versagt vor allem bei der Durchsetzung ausreichender Nachtflugbeschränkungen an hoch belasteten Flughäfen. Einige von ihnen haben bereits ihre Umweltkapazität überschritten. Wer den Unternehmen an den Flughäfen Planungssicherheit geben will, hat die auch die verdammte Pflicht in gleicher Weise die Gesundheit der dort lebenden Menschen zu schützen.

Helmut Breidenbach, Präsident BVF